

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Ständige Publikumskonferenz
der öffentlich-rechtlichen Medien e.V.
Frau Maren Müller
Hofer Straße 20a
04317 Leipzig

Westdeutscher Rundfunk

Appellhofplatz 1 50667 Köln
Telefon +49 (0)221 220 2100
Telefax +49 (0)221 220 772100

Köln, 29. Dezember 2015

Ihr Schreiben vom 30. November 2015 zu den Hörfunk-Nachrichten auf WDR 5 vom selben Tag

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihren Brief vom 30. November 2015 zu einem Beitrag des Korrespondenten René Möller zum Einsatz der Bundeswehr in Syrien in den Nachrichten von WDR 5 am selben Tag. Ihr Schreiben habe ich am 4. Dezember 2015 erhalten.

Sie kritisieren im Kern die Wiedergabe der LINKEN-Politikerin Wagenknecht zum Fehlen eines UN-Mandats für die Bundeswehreinätze in „in indirekter Rede“. Dies suggeriert Ihrer Ansicht nach, dass es sich „*lediglich um persönliche Verlautbarungen Oppositioneller handelt, nicht um Tatsachen*“.

Ihr Schreiben werte ich als förmliche Programmbeschwerde, da Sie eine Falschdarstellung behaupten. Dies entspricht in der Sache einer Rüge des § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz, den Sie am Ende Ihres Schreibens auch wörtlich zitieren. Demnach sind Nachrichten vor ihrer Verbreitung mit nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit zu prüfen.

Im Rahmen dieses Programmbeschwerdeverfahrens habe ich geprüft, ob eine Verletzung der genannten einschlägigen rechtlichen Bestimmung vorliegt. Der Beschwerde kann ich danach nicht stattgeben, da ein solcher Rechtsverstoß nicht vorliegt.

Es bleibt Ihnen unbenommen gegen diesen Bescheid den Rundfunkrat des WDR innerhalb eines Monats ab Zugang anzurufen. Dabei hat der WDR-Rundfunkrat, wenn er sich mit der Programmbeschwerde befasst, dieselben rechtlichen Vorgaben zu berücksichtigen wie der Intendant. Die Anrufung ist zu richten an: WDR Köln, Geschäftsstelle des Rundfunkrats, 50600 Köln oder WDR Köln, Intendanz, 50600 Köln.

Nachfolgend erläutere ich Ihnen die Gründe für die Abweisung Ihrer Beschwerde:

Herr Möller bildet unterschiedliche Stimmen aus Opposition und Regierung ab. Er zitiert die Linken-Abgeordneten Korte und Wagenknecht und den Grünen-Fraktionsvorsitzenden Hofreiter. Außerdem kommen aus der Koalition Verteidigungs-

ministerin von der Leyen und der SPD-Abgeordnete Annen zu Wort. Frau von der Leyen ist die einzige der Protagonisten, die im Originalton zu Wort kommt. Da O-Töne von den anderen Abgeordneten nicht vorliegen, zitiert Herr Möller diese korrekterweise in indirekter Rede. Für die indirekte Rede wird im Deutschen üblicherweise der Konjunktiv verwendet, insbesondere wenn man eine Äußerung als Äußerung eines Dritten neutral wiedergeben möchte.

Sie reklamieren nun, dass der Satz von Frau Wagenknecht „aus ihrer Sicht fehle das nötige UN-Mandat“ in den Indikativ gesetzt werden müsse. Hiermit würde sich der Korrespondent die Aussage zu eigen machen. Mit der Verwendung des Konjunktivs vermeidet der sich Äußernde zwar die Aussage zu eigen zu machen. Es wird aber umgekehrt auch nicht zum Ausdruck gebracht, dass er die Aussage anzweifelt. Er enthält sich schlicht einer eigenen Bewertung. Eine „*semantische Trickserie*“, wie Sie es vermuten, liegt somit nicht vor.

Eindeutig in dieser Sache ist im Übrigen lediglich, dass ein Mandat der UNO nicht vorliegt, ob es „fehlt“ im Sinne von „notwendig ist“, ist umstritten. Das ist eine rechtliche Bewertung. Rechtliche Bewertungen sind aber nach ständiger Rechtsprechung keine Tatsachenbehauptungen, sondern werden wie Meinungsäußerungen behandelt, erst recht, wenn sie umstritten sind. Nicht nur im Bundestag werden dazu unterschiedliche Meinungen vertreten, auch Völkerrechtler legen sich nicht eindeutig fest. Professor Christian Tomuschat beispielsweise: Dieser schließt zwar nicht aus, dass der Einsatz deutscher Soldaten völkerrechtswidrig ist, weil ein UN-Mandat nicht vorliegt. Er hält aber auch den aktuellen Kabinettsbeschluss für vertretbar, da aus dem UNO-Sicherheitsrat kein ausdrücklicher Widerspruch erfolgt ist. Dass ein Korrespondent sich in dieser nicht eindeutigen Bewertung in einem nachrichtlichen Beitrag auf Zitate beschränkt und seine eigene Haltung und Einordnung nicht einbringt, halte ich daher für richtig. Anders würde es sich in einem Kommentar verhalten.

Eine Falschdarstellung kann ich daher nicht erkennen.

Ich hoffe, dass Sie die Überlegungen, die in Ihrem Fall zu meinem Bescheid geführt haben, nachvollziehen können.

Mit freundlichen Grüßen

~~Eva-Maria Michel~~
in Vertretung des Intendanten